

PROTOKOLL BÜRGERINFORMATION

| | | | |
|-----------------|--|---------------|------------------|
| Körperschaft: | Gemeinde Bad Zwischenahn | | |
| Gremium | Ausschuss für Jugend, Familie und Soziales Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Tourismus | | |
| Sitzung am: | Dienstag, 17.02.2015 | | |
| Sitzungsort: | Haus Brandstätter, Kuppelsaal, Am Brink 5 | | |
| Sitzungsbeginn: | 16:30 Uhr | Sitzungsende: | 17:55 Uhr |

TEILNEHMERVERZEICHNIS

Sitzungsteilnehmer:

Für den Ausschuss für Wirtschaft, Finanzen und Tourismus

Ausschussvorsitzender

Herr Dr. Frank Martin CDU

Ausschussmitglieder

| | | |
|-----------------------------|-------|------------------------|
| Herr Diethard Dehnert | UWG | |
| Herr Jochen Finke | CDU | |
| Herr Ralf Haake | CDU | |
| Herr Georg Köster | GRÜNE | |
| Herr Wolfgang Mickelat | SPD | |
| Herr Helmut Ohlert | SPD | |
| Herr Dr. Horst-Herbert Witt | FDP | |
| Herr Detlef Dierks | SPD | für AM Dr. Wengelowski |

Für den Ausschuss für Jugend, Familie und Soziales

Ausschussvorsitzende

Frau Annegret Bohlen SPD

Ausschussmitglieder

| | | |
|-------------------------------|-------|--|
| Herr Diethard Dehnert | UWG | |
| Herr Henning Dierks | SPD | |
| Herr Arne Keil | GRÜNE | |
| Herr Peter Kellermann-Schmidt | CDU | |
| Herr Werner Kruse | SPD | |
| Herr Dr. Frank Martin | CDU | |
| Frau Beate Lüttmann | CDU | |
| Frau Karin Rohé | GRÜNE | |

beratende Mitglieder gemäß § 13 Abs. 3 AGKJHG

Frau Marion Brötje

Verwaltung

Herr Bürgermeister Dr. Arno Schilling
Herr Wilfried Fischer
Herr Carsten Meyer
Herr Rolf Oeljeschläger
Herr Martin Wichelmann
Herr Uwe Wlodarczyk
Frau Helga Buß

Protokollführer, TOP 2
Protokollführerin

entschuldigt fehlen:

Ausschussmitglieder

Herr Dr. Peter Wengelowski SPD

beratende Mitglieder gemäß § 13 Abs. 3 AGKJHG

Herr Hans-Georg Kiesewetter

Tagesordnung:

Seite:

Öffentlicher Teil

- | | | |
|----|--|---|
| 1. | Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung | 2 |
| 2. | Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern/Flüchtlingen Vorlage: BV/2015/020 | 3 |
| 3. | I. Nachtragshaushalt 2015 Vorlage: BV/2015/015 | 4 |
| 4. | Anfragen und Hinweise | 5 |

Öffentlicher Teil

1 Eröffnung der Sitzung, Feststellung der Beschlussfähigkeit und der Tagesordnung

AV Frau Bohlen und AV Dr. Martin eröffnen die gemeinsame Sitzung.

Es werden einstimmig festgestellt:

- a) die rechtzeitige Übersendung der Tagesordnung,
- b) die Beschlussfähigkeit,
- c) die Tagesordnung, wie sie zu Beginn des Protokolls aufgeführt ist.

2 Unterbringung und Betreuung von Asylbewerbern/Flüchtlingen **Vorlage: BV/2015/020**

AV Frau Bohlen übernimmt die Sitzungsleitung.

FBL Fischer erläutert die Vorlage der Verwaltung und weist darauf hin, dass nach der letzten Zuweisung 138 Personen aufgenommen werden müssen. Zunächst wird davon ausgegangen, dass der Verteilzeitraum bis Ende des III. Quartals 2015 gilt. Sollten die Flüchtlingszahlen jedoch weiter ansteigen, so sei zu einem früheren Zeitpunkt mit einer neuen Zuweisungsquote zu rechnen. Zurzeit seien noch 120 Personen unterzubringen.

Ziel sei es, die Flüchtlinge dezentral in kleinen Einheiten unterzubringen. Dies gelte sowohl für Familien, als auch für Einzelpersonen. Die Unterbringung von mehreren Familien kann im Einzelfall Auswirkungen auf die Infrastruktur (Kindergärten, Schulen usw.) haben.

Auf Nachfrage von AM Dr. Witt wird die Zuweisungspraxis dahingehend erläutert, dass die Verteilung grundsätzlich über die Landesaufnahmebehörde Niedersachsen, Standort Bramsche, erfolgt. Nach Zuweisung treffen die Flüchtlinge innerhalb von 7 bis 14 Tagen in der Gemeinde ein. Es wird vorher nicht angefragt, ob entsprechende Unterbringungskapazitäten gegeben sind. Sollte entsprechender Wohnraum zur Verfügung stehen, kann auch ein Zuweisungswunsch an die Landesaufnahmebehörde herangetragen werden.

Hinsichtlich des Leistungsanspruches nach dem Asylbewerberleistungsgesetz (AsylbLG) und der Gesetzesänderung zum 01.03.2015 werden einige Fragen der Ausschussmitglieder von AL Wlodarczyk beantwortet. Hinsichtlich der Krankenhilfe wird darauf hingewiesen, dass nur Kosten übernommen werden, die zur Behandlung akuter Erkrankungen und Schmerzzustände notwendig seien. Für Heilmittel, Brillen, orthopädische und andere Hilfsmittel ist die vorherige Zustimmung des Kostenträgers erforderlich. Die gesetzlichen Krankenkassen seien nicht beteiligt.

FBL Fischer erläutert, dass die Landesschulbehörde zwei weitere Sprachlernklassen eingerichtet habe. Bei der Grundschule Rostrup fehle noch die entsprechende Fachkraft.

Im Rahmen freiwilliger sozialer Leistungen sollen in Zusammenarbeit und mit Co-Finanzierung des Landkreises kreisweit Deutschkurse angeboten werden. Diese Kurse sind den Integrationskursen vorgeschaltet. Auf die Teilnahme an einem Integrationskurs besteht ein Rechtsanspruch, soweit eine Anerkennung als Flüchtling ausgesprochen wurde. Die jetzt initiierten Kurse sind freiwillig und werden in Zusammenarbeit mit ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer durchgeführt. Auf Nachfrage von AM Dr. Martin wird mitgeteilt, dass sowohl mit der KVHS, als auch mit der LEB Verhandlungen bezüglich der Kursgebühren stattfinden.

Ein Kostenersatz für Auslagen der ehrenamtlichen Helferinnen und Helfer ist ebenfalls vorgesehen. Hier soll an die Erstattungsregelungen ähnlich der Regelungen der Familienpaten angeknüpft werden. Entsprechende Ausgabeansätze sind im Nachtragshaushalt angemeldet worden.

In der anschließenden Diskussion äußert AM H. Dierks, dass er einige Bauerschaften für die Unterbringung von Flüchtlingen für ungeeignet hält. Auch der Standort Aschhausen wird problematisiert. Andere Ausschussmitglieder bitten ebenfalls die Bauerschaften Ofen und Petersfehn zu berücksichtigen.

AM Ohlert berichtet, dass durch die Einrichtung der Flüchtlingswohnheime auf dem Fliegerhorst Oldenburg sehr viele Ängste in der Bauerschaft Ofen entstanden seien. Die Befürchtungen haben sich nicht bestätigt.

BM Dr. Schilling führt aus, dass versucht werde eine dezentrale Unterbringung im gesamten Gemeindegebiet vorzunehmen. Er weist bezüglich der Unterbringung noch einmal auf die Anmietung von Wohnungen der Ammerländer Wohnungsbaugesellschaft hin. Leider sind auf dem Wohnungsmarkt in Bad Zwischenahn für die Unterbringung von Flüchtlingen nur selten Wohnungen vorhanden. Private Wohnungsangebote werden sorgfältig geprüft. Zum heutigen Stand sind vier Wohnungen angemietet. Insgesamt spielen bei der Unterbringung viele Faktoren eine Rolle, sodass nicht immer ideale Lösungen gefunden werden können.

AM Frau Rohé erkundigt sich, ob Informationsveranstaltungen für die Bürger vorgesehen seien. BM Dr. Schilling äußert daraufhin, dass Bürgerinformationsveranstaltungen angeboten werden, wenn dies angebracht und geboten sei.

AM Dr. Martin dankt der Verwaltung für die sehr gute Vorbereitung der Beschlüsse. Insbesondere geht sein Dank an die beteiligten Verwaltungsmitarbeiter, die durch Leistung von Überstunden überdurchschnittlichen Einsatz zeigen.

AV Frau Bohlen bedankt sich ebenfalls bei der Verwaltung und sieht hier eine große Aufgabe auf die Gemeinde zukommen. Die Menschen seien willkommen.

Beschlussvorschlag:

Dem Verwaltungsausschuss wird empfohlen, dem Rat folgenden Beschlussvorschlag zu unterbreiten:

1. Die Gemeinde hält an dem Grundsatz der dezentralen Unterbringung von Flüchtlingen fest.
2. Es wird unmittelbar nach der Zuweisung eine Sprachförderung angestrebt. Die Kosten der Sprachkurse teilen sich Gemeinde und Landkreis.
3. Die Gemeinde strebt die Einbindung ehrenamtlicher Helferinnen und Helfer an. Die Gemeinde beteiligt sich an den Kosten der Integrationslotsenschulung und gewährt den Ehrenamtlichen einen Auslagenersatz analog der Regelung für Familienpaten.
4. Die Gemeinde richtet eine Stelle für die Flüchtlingsbetreuung ein.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3 I. Nachtragshaushalt 2015 **Vorlage: BV/2015/015**

AV Dr. Martin übernimmt den Vorsitz.

FBL Oeljeschläger erläutert die Vorlage. Er hebt hervor, dass sich der ordentliche Ergebnishaushalt um 122.000,00 € verschlechtere. Die Kreditermächtigung müsse um 1.124.500,00 € angehoben werden. Daraus ergebe sich eine Neuverschuldung von 369.600,00 €. Das Ziel eine Neuverschuldung zu umgehen, könne so nicht mehr gehalten werden. Im Haushaltsvollzug werde selbstverständlich versucht, eine Neuverschuldung zu vermeiden.

AM Dr. Witt bedauert, dass die Gemeinde nun in eine Neuverschuldung gehen müsse. Jedoch komme man um die Kosten der Flüchtlingsunterbringung nicht herum. Da es sich noch nicht um feste Zahlen, sondern um Schätzungen handele, hoffe er, dass man die Neuverschuldung im Haushaltsvollzug noch umgehen könne. Auf Anfrage des AM Köster teilt AL Wichelmann mit, dass die Investitionen in den Mietobjekten über die Mieteinnahmen wieder in den Gemeindehaushalt zurückfließen.

AM Dehnert stellt einige Fragen zu den vorgeschlagenen Konditionen für Kauf und Miete von Unterkünften. Daraufhin stellt AM Finke den **Geschäftsordnungsantrag** die Diskussion aufgrund der Öffentlichkeit an diesem Punkt zu beenden und über den Beschlussvorschlag abzustimmen.

Beschlussvorschlag:

Der I. Nachtragshaushalt inklusive I. Nachtragshaushaltssatzung für das Jahr 2015 sowie das Investitionsprogramm 2015 bis 2018 werden in vorgelegter Form beschlossen.

Abstimmungsergebnis:

| | |
|--------------------|---|
| Ja-Stimmen: | 8 |
| Nein-Stimmen: | - |
| Stimmenthaltungen: | 1 |

- 20 -

4 Anfragen und Hinweise

Keine.

AV Frau Bohlen und AV Dr. Martin schließen die Sitzung.

Bohlen
Ausschussvorsitzende

Dr. Martin
Ausschussvorsitzender

Oeljeschläger
Fachbereichsleiter

Buß
Protokollführerin

Wlodarczyk
Protokollführer